

INFO

NR. 2
APRIL 2012



Polit-Talk in Schönkirchen

Der CDU-Ortsverband Schönkirchen/Mönkeberg hatte viel Einsatz gezeigt - und die Arbeit wurde belohnt. Mehr als 100 Gäste waren zur Talkrunde in "Heucks Gasthof" mit Jost de Jager und Werner Kalinka gekommen.

(weiter S.3)



(Foto: Die HauptstadtRedaktion)

Engagiert und nicht ohne Erfolg kämpften Werner Kalinka und der CDU-Sozialflügel bei der Diskussion um das Wahlprogramm 2012 - 2017 auf dem CDU-Landesparteitag in Husum. Mehr auf Seite 2

90.000 neue Arbeitsplätze - die Wirtschaft ist auf Wachstumskurs - das UKSH wird saniert

Mehr Kita-Förderung - Energiewende kommt voran - Schuldenbremse

Im Januar 2005 waren mehr als 180 000 Menschen in Schleswig-Holstein ohne Arbeit. Seither ist die Zahl der Arbeitslosen auf unter 100 000 gesunken. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Jeder, der arbeitswillig ist, soll eine echte Chance haben.

Aufgrund der mittelständisch geprägten Wirtschaft kam Schleswig-Holstein relativ gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die seit 2005 CDU-geführte Landesregierung hat mit der Ausgestaltung ihrer Förderprogramme den Mittelstand gezielt gestärkt. Das wollen wir weiter tun.

Der **Rückgang der Arbeitslosigkeit** geht einher mit einer deutlichen Zunahme der Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Seit 2005 sind 90 000 Menschen neu in Arbeit gekommen.

Die Summe der **Löhne und Gehälter** ist in Schleswig-Holstein seit 2005 um mehr als 10 Prozent gestiegen. Dies sind mehr als 3 Milliarden Euro, die den Beschäftigten mehr zur Verfügung standen.

Dies zeigt: Gute **Rahmenbedingungen** für die Wirtschaft zahlen sich für die arbeitenden Menschen aus. (... weiter S.3)

Landtagswahl

6. Mai



2012

Der direkte Draht zu

Werner Kalinka:

04348-8843

0172-7421851

mail@werner-kalinka.de

Diskussionsrunden:

Sprechen Sie mit Werner Kalinka zu Hause mit Freunden, Bekannten oder in der Familie.

Rufen Sie einfach an!

Die soziale Balance wahren!

CDU gegen Zwang bei Kommunen

CDU und FDP haben mit ihrer Änderung der Gemeindeordnung die Position der Gemeinden und der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker deutlich gestärkt, auch gegenüber den Amtsverwaltungen. Gemeinden zwischen 4000 und 8000 Einwohnern können künftig wieder hauptamtliche Bürgermeister bekommen. Weitere Änderungen betreffen das Kommunalwahlrecht, hier werden die jüngsten Änderungen des Landtagswahlrechts für die Kommunen nachvollzogen. Gemeinden bis 2500 Einwohner bilden künftig einen Wahlkreis bei Kommunalwahlen, davon sind etwa 50 Gemeinden betroffen. Bei der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen außerhalb Schleswig-Holsteins gibt es künftig keinen Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht, sondern ein Widerspruchsrecht.

Mindestlohn schnell einführen!

Die CDA erwartet die zügige Umsetzung des Leipziger Parteitagebeschlusses zum Mindestlohn. Die CDU hatte sich auf ihrem Bundesparteitag in Leipzig im November 2011 auf Antrag des Sozialflügels für eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze ausgesprochen.

Nach der IAQ Studie der Universität Duisburg-Essen erhalten 23 Prozent der Beschäftigten einen Niedriglohn.

Wenn 8 Millionen Menschen weniger als 9,15 Euro brutto pro Stunde für ihre Arbeit

bekommen, entspricht das nicht den Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft. Die Sozialausschüsse weisen darauf hin, dass Löhne mit weniger als 9,15 Euro auch nach 45 Jahren Arbeit zu einer Rente unterhalb der staatlichen Grundsicherung führen.

Die CDA fordert eine verbindliche Lohnuntergrenze für alle Arbeitnehmer, die nicht durch Tarifverträge geschützt sind. Die Höhe und die Einzelheiten sollte, wie in Leipzig beschlossen, eine von Arbeitgebern und Gewerkschaften paritätisch besetzte Kommission festlegen.

Akzente in Inhalt und Stil gesetzt

Die CDA hat in Inhalten und Stil auf dem CDU-Landesparteitag in Husum Akzente setzen können. Dies ist ein beachtlicher Erfolg. Allein die Tatsache, dass es eine gut 4-stündige Programmdebatte gegeben habe, war von vielen vor dem Parteitag nicht erwartet worden.

Die CDU Schleswig-Holstein hat aufgrund der CDA-Anträge eine **bedarfsgerechte Zahl von Ausbildungsplätzen in der Pflege** und eine Gleichbehandlung bei den Zuschüssen des Landes an Pflegeschüler beschlossen, will das **Landesblindengeld nicht mehr auf Pflegezuwendungen anrechnen** und hat beim Thema der sozialen Balance den Blick für soziale Probleme geschärft.

Beim Thema Innere Sicherheit ist der Parteitagebeschluss zur Prüfung einer Sicherheitsabgabe für Polizeieinsätze bei Veranstaltungen, mit denen Geld verdient werde, eine Zäsur in der politischen Diskussion.

Werner Kalinka: „Für diese Diskussion haben wir seit zwei Jahren gekämpft.“ Beachtlich ist auch, dass der Beschluss, sich derzeit für keine 2. Polizei-Hundertschaft in Schleswig-Holstein auszusprechen, nur mit knapper Mehrheit erfolgt sei.

Auch wenn es eine deutliche Mehrheit für die Ablehnung des CDA-Antrages, 150 Lehrer-Stellen nicht abzubauen, gegeben hat, ist die rd. ¾ stündige intensive Diskussion schon für sich bemerkenswert gewesen.

Andreas Ellendt: „Und dafür haben wir viel Zuspruch erhalten.“



An die Landtagsfraktion wurde der CDA-Antrag „Die Rechte der Bürger stärken“ verwiesen. Er beinhaltet die Forderung nach einem stärkeren Bürger-Controlling der Verwaltungen. **Zu dem Antrag zählt auch, dass Steuerzahler wieder die Möglichkeit erhalten sollten, einfache Steuerklärungen direkt beim Finanzamt abzugeben und sofort bearbeiten lassen zu können.**



18. April 2012 Angela Merkel in Kiel

18.00 Uhr Sparkassen-Arena

20. April 2012 CDA-Bundesvorsitzender
Karl Josef Laumann

18.00 Uhr Lütjenburg, Marktplatz

20.00 Uhr Schönberg, Hotel Stadt Kiel

90.000 neue Arbeitsplätze - die Wirtschaft ist auf Wachstumskurs - das UKSH wird saniert

(Fortsetzung v. S.1)

Seit Dezember 2005 ist die Zahl der **Hartz-IV-Empfänger** in Schleswig-Holstein um mehr als 33 000 gesunken. Das heißt, mehr als 13 Prozent der Hartz-IV-Empfänger aus dem Jahr 2005 gehen mittlerweile einer Arbeit nach, die auskömmlich ist.

Trotz der größten **Wirtschafts- und Finanzkrise** der Nachkriegszeit legte das Bruttoinlandsprodukt seit 2005 um mehr als 10 Prozent zu. Die schleswig-holsteinischen Handwerksbetriebe meldeten 2011 sogar das beste 4. Quartal in der Konjunkturgeschichte. Wachstum schafft Arbeitsplätze!

Die **Energiewende** wird konsequent vorangetrieben. Schon 2015 sollen 100 Prozent des Stromverbrauches in Schleswig-Holstein aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dabei stärkt die CDU die Bürgerbeteiligung, Denn nur mit einer ausreichenden Akzeptanz in der Bevölkerung kann die Energiewende gelingen. Konflikte vor Ort müssen fair diskutiert und unter Abwägung aller Interessen entschieden werden!

Eltern sollen frei entscheiden können, wie und wo sie ihre **Kinder** am besten fördern. Mit dieser Wahlfreiheit erleich-

tern wir die Vereinbarkeit von **Familie und Beruf**. In den Ausbau der Kindertagesbetreuung wurde bereits viel investiert. Die Betreuungsquote der Drei- bis Fünfjährigen ist von 81 auf 89 Prozent gestiegen. Die Zahl der betreuten unter Dreijährigen hat sich mehr als verdoppelt. Wo nötig, müssen Kitas und Krippen weiter ausgebaut werden.

Der Universität Lübeck bleibt die Mediziner-Ausbildung erhalten, das **UKSH** wird nicht privatisiert, aber saniert. Dieser Prozess ist inzwischen von breiter Akzeptanz getragen. Seit 2005 sind die Ausgaben für die Hochschulen um mehr als 60 Millionen Euro pro Jahr gestiegen.

Die CDU macht ernst mit der **Haushaltssanierung**. Dies ist dringend geboten, denn Schleswig-Holstein hat inzwischen rd. 27 Mrd. Euro Schulden. 2011 haben wir die Neuverschuldung auf 553 Mio. Euro reduziert. Die **Schuldenbremse** wirkt. Diese Disziplin zeigt Wirkung und lohnt sich schon heute:

Wir erarbeiten uns neue Spielräume und können wieder stärker investieren. Es liegt im Sinne unserer Kinder, wenn wir eine solide Haushaltsführung betreiben und auf Dauer nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Spätestens 2020 werden wir in Schleswig-Holstein wieder ausgeglichene Haushalte haben.

Sehr gute Stimmung bei Talkrunde

mit Jost de Jager und Werner Kalinka

Zwei Stunden Fragen und Antworten aus erster Hand. Eine lockere Tischordnung mit Steh- und Sitzplätzen trug zur prächtigen Stimmung bei.

CDU-Spitzenkandidat Jost de Jager hob in seinen einführenden Worten die Schuldenbremse, wirtschaftliches Wachstum und die weitere Verstärkung der Verkehrsinfrastruktur hervor. Eine gute Basis für die Zukunft des Landes sei gelegt. Schleswig-Holstein werde es spätestens 2020 ge-

schafft haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wie schwer der Weg ist, wurde aus der Frage eines Teilnehmers an Werner Kalinka deutlich, der wissen wollte, wie hoch derzeit die Verschuldung Schleswig-Holsteins sei. Antwort: 27 Milliarden Euro.

Kalinka hatte in seinem Eingangsstatement u.a. vom Landesparteitag berichtet (s. Seite 2).

Fragen zur Bildungspolitik wurden intensiv gestellt. Mit 25 Millionen Euro werde der Vertretungsfonds aufgestockt, berichtete

de Jager. Damit solle Unterrichtsausfall reduziert werden. Für pensionierte Lehrkräfte werde es künftig einfacher möglich sein einzuspringen, ohne Abzüge bei der Pension in Kauf nehmen zu müssen. Das Gesetz werde geändert. Er verwies zudem auf die Erfolge bei der Verbesserung der Unterrichtssituation im Land.



Eckhard Jensen im Gespräch mit Werner Kalinka

Unterstützung für Jost de Jager und Werner Kalinka

Volker Kauder:



„Unterstützen Sie Jost de Jager, damit er Ministerpräsident wird, unterstützen Sie Werner Kalinka, damit er erneut den Wahlkreis gewinnt.“

Ein vollbesetzter Saal mit mehr als 140 Gästen, eine Stunde politische Informationen aus erster Hand - die Veranstaltung mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Volker Kauder**, in **Malente** motivierte. CDU-Ortsvorsitzender Peter Blenski konnte dazu auch die Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens und Dr. Philipp Murmann sowie Landtagsvizepräsidentin Herlich-Marie Todsen-Reese begrüßen.

Kauder umriss ein breites Spektrum: die Situation in Griechenland, Europa und den Euro, die Energie- wende, die Lage in Afghanistan, die Notwendigkeit des Generationen-Denkens, die Herausforderungen an eine solide Haushaltspolitik, die CDU-Politik für



vl.: Ingo Gädechens, Werner Kalinka, Volker Kauder, Philipp Murmann und Peter Blenski (Fotos: DieHauptstadredaktion)



den ländlichen Raum. Er appellierte, Bundeskanzlerin Angela Merkel engagiert zu unterstützen. Sie leiste eine hervorragende Arbeit.

Und er schilderte manche Situation und Gespräche aus eigenem Erleben - zum Beispiel zu "Stuttgart 21" und aus seiner Heimat Baden-Württemberg. Informationen, die mehr vermittelten, als das was man aus manchen Medienveröffentlichungen wahrnimmt.

Auch zu Schleswig-Holstein fand er klare Worte. Es komme darauf an, dass die CDU die stärkste Kraft bei der Landtagswahl am 6. Mai 2012 bleibe. Mit der Schuldenbremse sei das Land den richtigen Weg gegangen und habe bundesweit ein Zeichen gesetzt.

Lütjenburg:

„Der Bund ist in der Pflicht!“

Der Bund ist in der Pflicht, substanzielle Konversionshilfen für die betroffenen Standorte und Kommunen wie Lütjenburg bereitzustellen. Die verbilligte und altlastenfreie Abgabe und unbürokratische Nachnutzung freiwerdender Bundeswehrflächen muss zu akzeptablen Bedingungen ermöglicht werden.

Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene u.a. auch für eine baurechtliche Regelung für Konversionsflächen im Außenbereich einsetzen, die die Planung für eine qualifizierte zivile Nachfolgenutzung ermöglicht und insbesondere hinsichtlich der baulichen Weiterentwicklung für Wohnen und/oder Gewerbe stark vereinfacht.

Die Landesregierung wird sich außerdem auf europäischer Ebene dafür einsetzen, in die Verordnungen zur Ausgestaltung der EU-Strukturförderung nach 2013 auch die Förderung von Konversionsprojekten explizit aufzunehmen.

Das ist wichtig für die betroffenen Regionen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Der Landtagsbeschluss ist wichtig für Lütjenburg und die anderen betroffenen Standorte. Er muss jetzt von allen, die für das Land und die Region in Verantwortung stehen, auch mit Leben erfüllt werden. Die ganze Region erwartet, dass auch der Bund jetzt zügig konkrete Entscheidungen trifft.



Engagiert.
Kompetent.
Sozial.

Werner
Kalinka
UNSER LANDTAGSABGEORDNETER

Kurz notiert:

Diskussion beim DGB in Schönberg
Bei einer Podiumsdiskussion der Kandidaten zur Landtagswahl im Hotel "Stadt Kiel" umriss Werner Kalinka seine Positionen. Dabei ging es u.a. um den Mindestlohn, die soziale Wirklichkeit, die Notwendigkeit, keine neuen Schulden zu machen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Bildungspolitik, die Energiewende und kommunale Fragen.

CDA-INFO
ARBEITNEHMER IN DER CDU

HERAUSGEBER:

CDA-SCHLESWIG-HOLSTEIN
V.i.S.d.P. Dr. Andreas Ellendt
SOPHIENBLATT 44-46
24114 KIEL
0431/660 99 33

 **CDA** Schleswig-Holstein